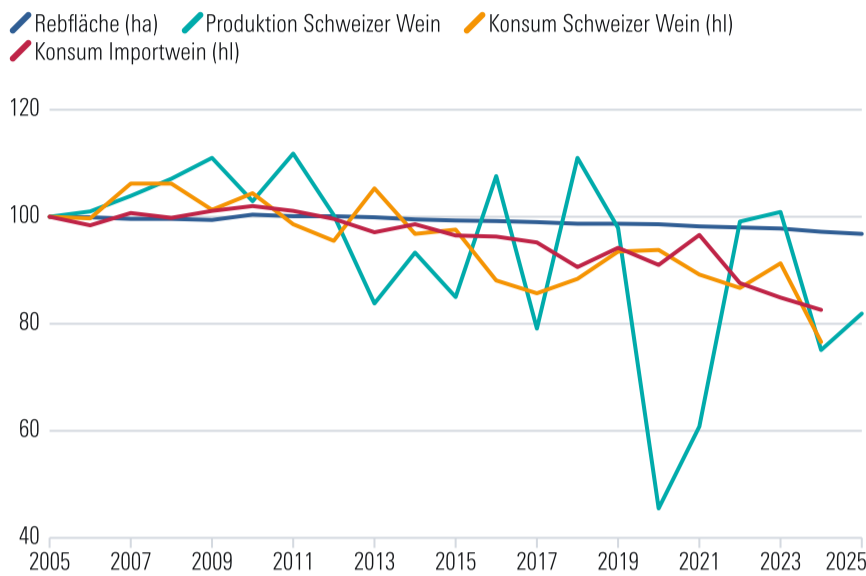


Chasselas statt Bordeaux und Burgunder

Bundesrat Parmelin will den Westschweizer Winzerkollegen helfen und dafür das Rad der Liberalisierung zurückdrehen

Die Produktion schwankt je nach Ernte, die Nachfrage geht zurück, aber die Rebfläche schrumpft kaum

Veränderung gegenüber 2005; Index, 2005=100

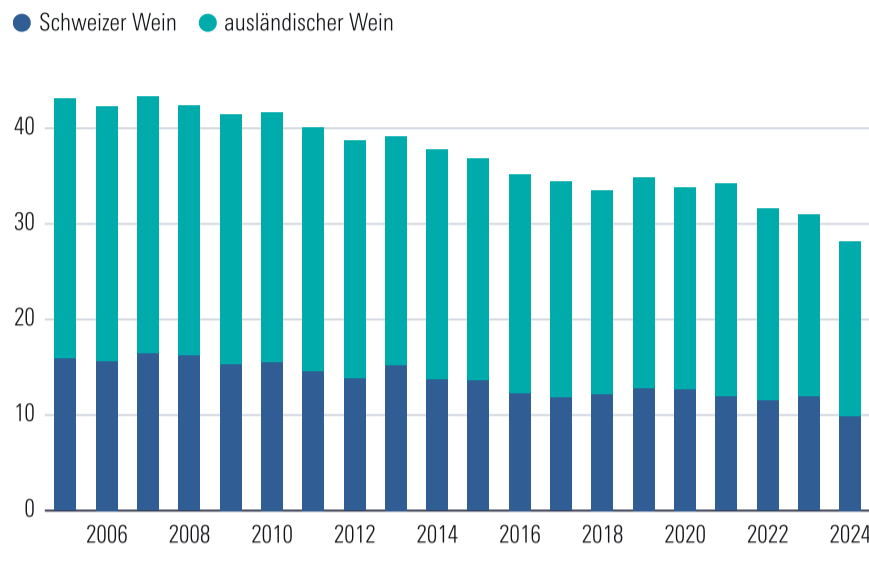


QUELLE: DAS WEINJAHR, BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT, BERN

NZZ / pfi.

Pro Kopf ist der Weinkonsum in der Schweiz binnen zwanzig Jahren um einen Drittel eingebrochen

Verbrauch pro ständigen Einwohner im Alter von mindestens 15 Jahren



QUELLEN: DAS WEINJAHR, BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT, STÄNDIGE WOHNBEVÖLKERUNG NACH ALTERSGRUPPEN, BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / pfi.

PETER A. FISCHER

«Die Situation ist dramatisch. Ein Grossteil der Winzer sieht sich der Perspektive beraubt, ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Ohne Importbeschränkungen ist das Kulturgut der Westschweizer Rebflächen akut bedroht», sagt Olivier Mark, der Präsident der Communauté interprofessionnelle des vins vaudois. Er sei ein gebranntes Kind, denn er habe einst die Vereinigung der Schweizer Blumenproduzenten geleitet. Die Liberalisierung des Imports habe dieses Geschäft zerstört. Dem Schweizer Wein drohe dasselbe. Mit dem starken Franken könne man Schweizer Boden nicht rentabel bewirtschaften, ohne stärker vom Staat unterstützt zu werden, sagt Mark.

Bundesrat Guy Parmelin hat das Wehklagen seiner Westschweizer Winzerkollegen erhört. Der Wirtschaftsminister, der selber Winzer ist, will neu die Importberechtigungen für Wein auf dem Verordnungsweg an die Abnahme von einheimischem Wein binden. Dabei hatte der Bundesrat dies noch 2018 in Beantwortung der Interpellation Borloz abgelehnt. Damals hielt der Bundesrat kurz und bündig fest, die Änderung würde den Wettbewerb stark einschränken und den Verkauf von Schweizer Wein kaum erhöhen.

2001 wurde der Schweizer Weinmarkt – anders als die allermeisten Land-

wirtschaftsbereiche – faktisch liberalisiert. Seither können gewerbliche Importeure ausländischen Wein zu einem Vorzugszoll von rund 50 Rappen pro Kilo frei importieren. Davon haben im vergangenen Jahr knapp 2300 Firmen Gebrauch gemacht. Importeure werden bedient, solange das Kontingent nicht ausgeschöpft ist. Doch dieses ist so gross, dass das seit der Liberalisierung noch nie der Fall war.

Import je nach Inlandleistung

Geht es nach Bundesrat Parmelin, ist dieses liberale Regime ab 2027 wieder Geschichte. Stattdessen sollen die Importbewilligungen neu an die Inlandleistung gekoppelt werden – gemessen am bezogenen inländischen Wein beziehungsweise an der verarbeiteten Traubenmenge. Importberechtigungen würden also die Schweizer Winzer oder deren Abnehmer erhalten. Wettbewerbsfähig Bordeaux oder Burgunder in der Schweiz verkaufen könnte nur noch, wer auch grosse Mengen von Chasselas oder Gamay unter die Leute brächte – oder Schweizer Produzenten und ihren Organisationen Importberechtigungen abkaufte.

Doch viel Schweizer Wein verkaufen sei für Schweizer Weinhändler praktisch unmöglich, gibt der Master of Wine und Weinhändler Philipp Schwander zu bedenken: «Es gibt viele sehr gute und erfolgreiche Schweizer Weinproduzen-

ten. Die meisten verkaufen direkt an die Abnehmer und brauchen keinen Händler. Für uns bliebe die Massenware, die Mühe hat, Abnehmer zu finden.» Dass die Schweizer plötzlich mehr von dem Wein, der vorher Absatzschwierigkeiten hatte, kaufen wollten, bezweifelt er.

Eine Bindung der Importe an die Inlandleistung würde viel zusätzliche Bürokratie und höhere Kosten verursachen, ohne dass irgendjemandem geholfen wäre. Der Verband der Schweizer Weinhändler sieht die Existenz des Handels mit seinen 15 000 Angestellten in seiner heutigen Form bedroht. Viele Weinhändler hätten einen Anteil an Schweizer Wein von bloss 2 bis 10 Prozent, da die guten Schweizer Winzer direkt vermarktet werden. Der Verband wehrt sich entschieden gegen das von Parmelin vorgeschlagene neue Importregime, wie der Geschäftsführer Olivier Savoy bestätigt. Gefordert wird dieses vor allem von Waadtländer, Genfer und teilweise auch von Walliser Weinbauern.

Doch was steckt dahinter? Zuerst ist das der generelle Rückgang der Nachfrage nach Wein. Im Zeichen von Gesundheit, Sport und Stress ist vor allem für die jüngeren Generationen Wein nicht mehr so selbstverständlich ein Kulturgut und ein Genussmittel, wie das bei den älteren der Fall war. Der Konsum von Wein ist in der Schweiz zwischen 2005 und 2024 um einen Fünftel gesun-

ken. Ohne das Bevölkerungswachstum wäre die Veränderung sogar noch dramatischer: Der Pro-Kopf-Konsum der über 15-jährigen Bevölkerung ist in den zwanzig Jahren gar um 35 Prozent eingebrochen. Schweizer Wein vermochte dabei aber seine Stellung zu halten. Sein Anteil schwankte je nach Ernte ohne eindeutigen Trend zwischen 35 und 39 Prozent.

Der Rückgang des Weinkonsums war in den vergangenen fünf Jahren in der Schweiz besonders ausgeprägt, entspricht aber einem generellen Trend in Europa. Während hierzulande 2024 nicht weniger als 15 Prozent weniger Wein konsumiert wurden als noch 2019, ging der Weinverbrauch laut der International Organisation of Vine and Wine in Frankreich um 7, in Portugal um 4 und in Spanien um 3 Prozent zurück. Die portugiesischen Weinbauern haben darauf mit einer Reduktion der Anbaufläche um 11 Prozent reagiert. Auch in Spanien ist sie um 4 Prozent geschrumpft. Doch in der Schweiz blieb die Rebfläche mit –1,5 Prozent nahezu konstant.

Während die Rebbaufäche etwa im Bordeaux-Gebiet um 16 Prozent reduziert wurde, ist sie in der Schweiz in den vergangenen zwanzig Jahren bloss um knapp 3 Prozent geschrumpft. Die Schweizer Produktion verringerte sich aber um rund einen Fünftel. Darin widerspiegelt sich auch eine positive Entwicklung: Die erfolgreichen Winzer haben

ihre Ernte pro Fläche reduziert. Sie produzieren heute weniger, dafür besseren Wein in verschiedenen Sorten für unterschiedliche Bedürfnisse.

Strukturwandel hält Einzug

Das ist der eindrückliche Erfolg der Liberalisierung. Weil die Schweiz mit ihren verhältnismässig hohen Kosten nicht zur Produktion von Massenware taugt, hat im Weinbau ein erfreulicher Strukturwandel Einzug gehalten. Clevere Winzer passen ihre Produktion an die sich ändernde Nachfrage an, pflegen ihre Marke und können ihre Weine an Liebhaber teuer verkaufen. Dass diesen Weg viele Deutschschweizer Winzer gegangen sind, hat die Probleme mancher Westschweizer Chasselas-Produzenten noch verstärkt. Es sind oft diese politisch gut vernetzten Kreise, die nun aufbegehren.

Ihnen über Importberechtigungen zu einer Art Zwangsabnahme zu verhelfen, wird die Probleme des Schweizer Weinbaus jedoch nicht lösen. Der durch die jüngeren Generationen forcierte Strukturwandel in der Nachfrage wird sich fortsetzen. Ein an die Inlandleistung gebundenes Importregime würde bloss den Wettbewerb beeinträchtigen und die Anreize verzerren, möglichst kompromisslos auf Qualität und Effizienz zu setzen.

Die Winzer, die damit Mühe haben, sollten ihre Produktion anpassen (gestiegen ist beispielsweise die Nachfrage nach Schaumweinen). Statt Althergebrachtes künstlich zu schützen, würde man besser die Konsolidierung erleichtern und Winzer bei der Vermarktung und der Erschliessung von Exportmärkten unterstützen. 2024 wurde nämlich erst ein Prozent des in der Schweiz produzierten Weins exportiert – in Deutschland sind es knapp 40 Prozent, in Portugal 45, in Spanien 65 Prozent. Dafür zeigt sich auch der Präsident der Waadtländer Weinwirtschaft offen. Für Olivier Mark, der der Waadtländer FDP angehört, besteht die Lösung in einem Vierklang: stärker diversifizierte Produktion, biodiverse Reduktion der Anbauflächen, (noch mehr) staatliche Unterstützung zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Importen und Hilfe bei der Promotion von Schweizer Wein im Ausland.

Parmelins Regulierungsvorschlag jedoch ist genauso unsinnig wie jener von vor acht Jahren. Er gefährdet die Erfolge einer der wenigen Liberalisierungen im Landwirtschaftssektor, die diversifizierte Struktur im Weinhandel und den notwendigen Strukturwandel in den Rebbergen. Es ist buchstäblich eine Schnapsidee zum Weinen.

Energiesparen hilft gegen Ölschocks – kurzzeitig

Die Welt hat gute Erfahrungen gemacht mit Aufrufen zur Zurückhaltung und Tempo einschränkungen

ANDRÉ MÜLLER, NEW YORK

Die Lage an den Energiemärkten wird immer angespannter. In der Golfregion fliegen weiter Raketen und Drohnen, die Strasse von Hormuz bleibt gesperrt. Die weltgrösste Gasproduktionsstätte in Katar ist beschädigt und wird lange brauchen, bis sie wieder voll einsatzfähig ist.

Diese Erkenntnis sickert in die Terminkmärkte für Öl und Gas ein; und selbst im Weissen Haus macht sich Unruhe breit. Mit allerlei Massnahmen versucht Donald Trump das globale Angebot an Rohöl zu stabilisieren; am Wochenende hat er sogar die Ölsanktionen gegen den Kriegsgegner Iran zeitweise aufgehoben. Der aus politischer Sicht absurd anmutende Schritt hat eine gewisse ökonomische Logik. Die Wirkung wird aber begrenzt sein. Ein Teil des iranischen Öls hat trotz Sanktionen seinen Weg auch bisher schon in den Markt gefunden. Im besten Fall lindert er den Schritt einen weiteren Anstieg des Ölpreises für einige Wochen.

Kurzfristige Massnahmen beheben die strukturelle Knappheit aber nicht. Und langfristige Anpassungen – mehr

Wärmepumpen, erneuerbare Energien, neue Gasquellen und Verflüssigungsanlagen errichten – werden ihre Wirkung erst nach dieser Krise entfalten.

In der mittleren Frist muss daher weniger Öl und Gas konsumiert werden. In erster Linie wird das über den Marktpreis geregelt. Wenn sich der Flugpreis verdoppelt, passen viele Passagiere ihre Reisepläne an. In früheren Energiekrisen ist aber meist auch der Staat eingeschritten, mit Verboten, Lenkungsmaßnahmen und Aufrufen zum freiwilligen Verzicht. Damit wurde zwar Öl gespart, die Nebenwirkungen waren aber zum Teil heftig.

■ **Verbote und Lockdowns:** Während der Corona-Pandemie schränkten viele Staaten die Bewegungsfreiheit ihrer Bürger monatelang ein, um die Verbreitung des Virus zu verlangsamen. Weil kaum jemand mehr pendelte, wurde dabei enorm viel Treibstoff eingespart. Der tägliche Benzinverbrauch in den USA brach Mitte März 2020 von 8,9 Millionen Fass auf noch 5,3 Millionen ein, der Kerosinverbrauch von 1,6 Millionen auf gut 600 000 Fass pro Tag.

Zwänge man die Welt erneut in einen Hausarrest, liesse sich die wegfallende Produktion aus dem Nahen Osten – wohl rund 10 Millionen Fass pro Tag – locker kompensieren. Lockdowns und die verordnete Schliessung von Geschäften haben jedoch die Gesellschaft gespalten und der Weltwirtschaft enorm und nachhaltig geschadet. Zahlreiche Staaten verschuldeten sich stark, um Firmen und Arbeitnehmer zu entschädigen – und kämpfen bis heute mit ihrem hohen Schuldenstand.

■ **Autofreie Sonntage und Tempolimits:** Es gibt weniger invasive Möglichkeiten, die Bevölkerung zum Sparen anzuhalten. Die Internationale Energieagentur (IEA) hat am Freitag einige davon aufgezählt. Der Fokus liegt auf dem Strassenverkehr, weil dieser für fast die Hälfte des globalen Ölkonzums verantwortlich ist. Man kann die Tempolimits auf Autobahnen senken oder das Autofahren tageweise verbieten.

Viele westliche Länder setzten bereits in der ersten grossen Ölkrise von 1973 auf solche Einschränkungen. Die USA senk-

ten das nationale Tempolimit auf 55 Meilen pro Stunde (89 km/h) – und hoben die Massnahme erst 1995 wieder auf. Einige europäische Länder verordneten ihren Bürgern autofreie Sonntage.

Diese Tage brannten sich dank eindrucksvollen Bildern von leeren Autobahnen ins kollektive Gedächtnis ein. Sie führten der Bevölkerung vor Augen, welche Nachteile der Autoverkehr mit sich bringt – Lärm, Abgase, verstopfte Städte –, und halfen mit, Mehrheiten für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu schaffen. Der Spareffekt war aber klein.

Die Tempolimits waren erfolgreicher. Der Effekt blieb aber hinter den hohen Erwartungen zurück; etwa weil sie bloss auf Autobahnen galten. In den USA versprach sich die Politik Einsparungen von mehr als 2 Prozent. Eine Studie des Transportation Research Board kam aber zu dem Schluss, dass es nur 0,2 bis 1 Prozent gewesen seien.

■ **Freiwilliger Verzicht:** Die IEA schlägt darüber hinaus freiwillige Massnahmen vor: Der Ölverbrauch von Autos liesse sich um 2 bis 6 Prozent verringern, wenn

alle, die sich das einrichten können, drei zusätzliche Tage pro Woche von zu Hause aus arbeiten würden. Einige asiatische Länder haben solche Massnahmen bereits eingeführt.

Die Pandemie hat gezeigt, dass man in vielen Branchen problemlos von zu Hause aus arbeiten kann; die technischen Voraussetzungen dafür bestehen heute. Die Produktivität der Arbeitnehmer litt in einer ersten Phase nicht gross. Erst auf Dauer wird die Distanz zur Belastung, wenn der tägliche Austausch mit den Arbeitskollegen wegfällt.

Der Staat kann mit freiwilligen Aufrufen grosse Wirkung erzeugen, wenn die Bevölkerung der Regierung vertraut und deren Begründung fürs Energiesparen teilt. Im Winter 2022 musste und wollte Europa wegen Putins Kriegszug gegen die Ukraine Erdgas sparen. Auch die Schweiz rief die Bevölkerung und Unternehmen zum Sparen auf; mit nachhaltigem Erfolg. Gemäss der Gesamtenergiestatistik der Schweiz ging der Gasverbrauch von 2021 bis 2023 um mehr als 20 Prozent zurück – und blieb 2024 auf dem tieferen Niveau.